

Inhaltsverzeichnis

Rahmensatzung für die Studierendenwohnheime des Studierendenwerk Mainz	2
§ 1 Wohnberechtigung	2
§ 2 Aufnahmegrundsätze	2
§ 3 Wohndauer	3
§ 4 Verlängerungsausschuss	3
§ 5 Verwaltung der Wohnheime	3
§ 6 Wohnheimparlament	4
§ 7 Wohnheimvollversammlung und Heimvertretung	4
§ 8 Gewerbliche Vermietung	5
§ 9 Hausrecht, Hausordnung	6
§ 10 Inkrafttreten	6
Framework statutes for the student residences of the Studierendenwerk Mainz	7
§ 1 Right of residence	7
§ 2 Principles of admission	7
§ 3 Duration of residence	7
§ 4 Extension Committee	8
§ 5 Administration of the student residences	8
§ 6 Dormitory Parliament	8
§ 7 Dormitory General Assembly and Dormitory Representation	8
§ 8 Commercial Letting	9
§ 9 House rules, house regulations	9
§ 10 Effective date	9

Rahmensatzung für die Studierendenwohnheime des Studierendenwerk Mainz

§ 1 Wohnberechtigung

- (1) Wohnberechtigt sind ordentlich Studierende
 - der Johannes Gutenberg-Universität Mainz,
 - der Hochschule Mainz,
 - der TH Bingen,die zum Zeitpunkt des Beginns des Mietverhältnisses das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Darüber hinaus sind wohnberechtigt Teilnehmer von Sommerkursprogrammen und vergleichbaren Programmen der Hochschulen im Rahmen eines vorab zwischen der Geschäftsführung des Studierendenwerks und den Hochschulen verbindlich festgelegten Kontingents. Die Wohndauer richtet sich nach der getroffenen Vereinbarung und darf 2 Monate nicht übersteigen.
- (2) Von der Höchstaltersgrenze nach Abs. 1 kann auf Antrag in begründeten Ausnahmefällen (Härtefall) abgewichen werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Abteilung Studentisches Wohnen. Wird eine Ausnahme gewährt, so beträgt die maximale Wohndauer 2 Semester; § 3 dieser Satzung findet auf solche Studierende keine Anwendung.
- (3) Stehen mehr Wohnheimplätze zur Verfügung als Bewerber nach Abs. 1 und anerkannte Härtefälle nach Abs. 2 vorhanden sind, so ist das Studierendenwerk Mainz, zur Vermeidung von Leerstand in den Wohnheimen berechtigt, auch mit Personen, welche nicht nach Abs. 1 oder Abs. 2 wohnberechtigt sind, befristet für die Dauer von einem Semester Mietverträge abzuschließen. Bei der Vergabe von Wohnraum nach Satz 1 sind zunächst eingeschriebene Studierende in einem in Deutschland anerkannten Hochschulstudiengang und in der Folge sonstige Angehörige der unter Abs. 1 genannten Hochschulen vorrangig zu behandeln. Eine Vermietung an Nicht-Studierende darf nur in einem geringfügigen Rahmen erfolgen und muss in jedem Fall unter 10 % der jeweiligen Kapazität des Wohnheims bleiben. Mietverhältnisse nach Satz 1 können maximal drei Mal um jeweils ein Semester verlängert werden, solange die dort genannten Voraussetzungen weiterhin vorliegen.
- (4) Erfolgt eine Vermietung an Nicht-Studierende der unter Abs. 1 genannten Hochschulen, so haben diese zusätzlich zur regulären Miete pro Semester den jeweils gültigen Sozialbeitrag zu leisten. Erfolgt die Vermietung nicht für ein gesamtes Semester, erfolgt die Berechnung anteilig.

§ 2 Aufnahmegrundsätze

- (1) Studierende, die behindert oder aufgrund ihrer wirtschaftlichen, sozialen oder persönlichen Lage besonders förderungswürdig sind sowie Erstsemester werden vorrangig aufgenommen.
- (2) Die Größen der einzelnen Nationalitätengruppen sollen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinanderstehen.
- (3) Einzelheiten des Belegungsverfahrens regelt eine Verwaltungsvorschrift, die die Geschäftsführung mit Zustimmung des Verwaltungsrates erlässt.

§ 3 Wohndauer

- (1) Die Wohndauer in den Heimen soll zehn Semester nicht überschreiten, auch wenn zwischen den Wohnheimen gewechselt wird. Mietzeiten in öffentlich geförderten Studierendenwohnheimen anderer Träger werden auf die Wohndauer angerechnet.
- (2) Die Wohndauer kann bei Studierenden verlängert werden, die
 - a. behindert oder aufgrund ihrer wirtschaftlichen, sozialen oder persönlichen Lage besonders förderungswürdig sind um höchstens vier Semester.
 - b. in ihrem letzten Wohnsemester schwanger werden um bis zu zwei Semester ab Geburt des Kindes.
 - c. in der Heimvertretung oder einer Arbeitsgruppe gemäß § 7 Abs. 5 tätig waren und denen von der Wohnheimvollversammlung Entlastung erteilt worden ist oder die im Haustutorenteam aktiv waren und deren Engagement von dem/der zuständigen Sachbearbeiter/in bestätigt wurde um die Zahl ihrer Heimvertretersemester, höchstens jedoch um vier Semester.
 - d. als studentische Vertreter/innen im Verwaltungsrat oder als Mitglieder der im LHschG genannten Gremien der Verfassten Studierendenschaften tätig waren um die Zahl ihrer in solchen Gremien aktiven höchstens jedoch um vier Semester.
 - e. kurz vor der Beendigung ihres Studiums stehen um den in der jeweiligen Prüfungs- und Studienordnung des Faches vorgesehenen Prüfungszeitraum.
- (3) Von der Begrenzung der Wohndauer kann abgesehen werden bei Studierenden, die erheblich behindert sind.
- (4) Über die Verlängerung oder Entfristung entscheidet auf Antrag der Verlängerungsausschuss nach § 4. Im Falle des Abs. 2 c) der/die zuständige Sachbearbeiter/in in der Abteilung Studentisches Wohnen.

§ 4 Verlängerungsausschuss

- (1) Mitglieder des Verlängerungsausschusses sind:
 1. ein studentisches Verwaltungsratsmitglied,
 2. der/die Vorsitzende des Wohnheimparlaments,
 3. 5 Heimvertreter/innen, die vom Wohnheimparlament bestellt werden.Der/Die Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen führt die Geschäfte des Verlängerungsausschusses und nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.
- (2) Der Verlängerungsausschuss entscheidet über die Anträge auf Verlängerung der Wohndauer gemäß § 3 mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Im Falle der Ablehnung eines Antrags ergeht gegenüber dem/r Antragssteller/in ein schriftlicher Bescheid mit einer Begründung und einer Rechtsmittelbelehrung.
- (3) Über Widersprüche entscheidet der/die Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen unter Beachtung der Beschlüsse des Verlängerungsausschusses. Im Falle eines Widerspruchs gegen eine Entscheidung nach § 3 Abs. 4 Satz 2 der Verlängerungsausschuss.

§ 5 Verwaltung der Wohnheime

- (1) Die Verwaltung und Wirtschaftsführung der Studierendenwohnheime obliegt dem Studierendenwerk Mainz. Es stellt im Rahmen der baulichen Möglichkeiten die für die

Gemeinschaftsaktivitäten und für die Zwecke der studentischen Selbstverwaltung benötigten Räume und Einrichtungen kostenlos zur Verfügung und erhält und erneuert sie.

- (2) Die studentische Selbstverwaltung fördert das friedliche Zusammenleben aller Bewohnerinnen und Bewohner auf Grundlage diskriminierungsfreier Arbeit. Diskriminierungsfreie Arbeit schließt insbesondere Inhalte sexistischer, rassistischer, fremdenfeindlicher, faschistischer, nationalistischer, antisemitischer, homophober und transphober Art aus.
- (3) Die innere Ordnung der Wohnheime regeln die zuständigen Organe der studentischen Selbstverwaltung in eigener Verantwortung.
- (4) Organe der studentischen Selbstverwaltung sind:
 1. das Wohnheimparlament,
 2. die Wohnheimvollversammlung,
 3. die Heimvertretungen.

§ 6 Wohnheimparlament

- (1) Das Wohnheimparlament vertritt die wohnheimübergreifenden Interessen aller Heimbewohner/innen gegenüber der Geschäftsführung und dem Verwaltungsrat des Studierendenwerks Mainz. Es ist ein Kommunikationsforum für die Heimvertretungen der einzelnen Wohnheime.
- (2) Das Wohnheimparlament gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Das Wohnheimparlament wählt eine/n Wohnheimparlamentspräsidenten/in und eine/n Stellvertreter/in.
- (4) Mindestens einmal im Semester, jeweils zu Semesterbeginn, kommt der/die Geschäftsführer/in des Studierendenwerks Mainz unter Hinzuziehung des/der Leiters/in der Abteilung Studentisches Wohnen mit dem/r Wohnheimparlamentspräsidenten/in zusammen und unterrichtet diese/n über die allgemeine Entwicklung des gesamten Wohnheimbereichs. Über die Semesterbesprechung wird ein Protokoll gefertigt, in dem die wesentlichen Besprechungsergebnisse festgehalten werden. Das Protokoll wird zwischen dem/der Geschäftsführer/in und dem/r Wohnheimparlamentspräsidenten/in ausgetauscht und von beiden unterzeichnet.

§ 7 Wohnheimvollversammlung und Heimvertretung

- (1) Die Wohnheimvollversammlung setzt sich zusammen aus den Bewohnern/innen des jeweiligen Wohnheims.
- (2) Die Wohnheimvollversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer von einem Jahr die Heimvertretung und entscheidet pro Semester über deren Entlastung. Die Heimvertretung vertritt die Interessen der Heimbewohner/innen des jeweiligen Wohnheims.
- (3) Die Maximalanzahl der Mitglieder der Heimvertretungen in den einzelnen Wohnheimen wird wie folgt festgelegt:

Bingen	86 Bewohner/innen	7 Mitglieder
Münchfeld	100 Bewohner/innen	7 Mitglieder
Oberstadt	294 Bewohner/innen	9 Mitglieder
Binger Schlag	396 Bewohner/innen	13 Mitglieder

Wallstraße	437 Bewohner/innen	13 Mitglieder
Weisenau	501 Bewohner/innen	14 Mitglieder
K3	513 Bewohner/innen	14 Mitglieder
Inter II	543 Bewohner/innen	14 Mitglieder
Hechtsheim	674 Bewohner/innen	16 Mitglieder
Kisselberg	795 Bewohner/innen	18 Mitglieder

- (4) Auf der Basis der Rahmensatzung für die Studierendenwohnheime des Studierendenwerks Mainz gibt sich jedes Wohnheim eine Heimsatzung mit einer Geschäftsordnung, in der die Kompetenzen der Wohnheimvollversammlung, der Heimvertretung und der Arbeitsgruppen (Abs. 5) näher geregelt werden.
- (5) Die Wohnheime können zur Erledigung besonderer Aufgaben (Internet, Wohnheim-Bar u. a.) in Abstimmung mit dem/der Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen Arbeitsgruppen konstituieren. Die Festlegung der Anzahl der Mitglieder der Arbeitsgruppen erfolgt in Abstimmung mit dem/der Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen nach den Modalitäten des jeweiligen Wohnheimes. Die Ernennung der Arbeitsgruppenmitglieder erfolgt zu Beginn eines Semesters und gilt für das gesamte Semester.
- (6) Die Mitglieder der Heimvertretungen und der Arbeitsgruppen sind gegenüber dem/der Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen schriftlich zu benennen.
- (7) Mindestens einmal im Semester, jeweils zu Semesterbeginn, kommt der/die Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen mit der Heimvertretung eines jeden Wohnheimes zusammen und unterrichtet diese über die allgemeine Entwicklung des jeweiligen Wohnheimes. § 6 Abs. 4 gilt entsprechend. Außerdem wird jedes weitere Zusammentreffen zwischen dem/der Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen und einer Heimvertretung auf Wunsch einer der beiden Seiten protokolliert.
- (8) Die Geschäftsführung des Studierendenwerk Mainz stellt auf Nachfrage der Heimvertretung den Wirtschaftsplan und den Jahresabschluss der jeweiligen Wohnheime zur Verfügung und erörtert im Bedarfsfall diese Unterlagen mit der jeweiligen Heimvertretung. Sollte es dabei nicht zu einer befriedigenden Klärung kommen, hat die Heimvertretung im Namen der durch sie vertretenen Mieter/innen das Recht, den Verwaltungsrat anzurufen. Die Geschäftsführung wird die Heimvertretungen jährlich im Juli eines Jahres über die Möglichkeit nach Satz 1 mit E-Mail an die dem Studierendenwerk gegenüber gemeldeten Adressen hinweisen.
- (9) Über Maßnahmen, die ein Wohnheim als ganzes oder einen Großteil seiner Bewohner/innen betreffen (z.B. Bauvorhaben, Renovierungen, anderweitige Nutzung oder Verkauf von Wohnheimflächen) ist die Heimvertretung nach Möglichkeit rechtzeitig vor der Entscheidung der Geschäftsführung oder dem Beschluss des Verwaltungsrats vom Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen zu informieren und diese kann eine Stellungnahme abgeben.

§ 8 Gewerbliche Vermietung

- (1) Räumlichkeiten und Flächen in den einzelnen Wohnheimen, die für Wohn- oder Gemeinschaftszwecke nicht geeignet sind, können einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden, Die Entscheidung hierüber trifft der/die Geschäftsführer/in bzw. der/die Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen nach Anhörung der jeweiligen Heimvertretung.

- (2) Widerspricht die Heimvertretung einer Entscheidung der Geschäftsführung, wird die Angelegenheit dem Verwaltungsrat zur Beschlussfassung vorgelegt.
- (3) Von dem Mieterlös aus der Vermietung von Flächen zur Anbringung von Richtfunkantennen o.ä. werden vorab die auf die vermietete Fläche anteilig entfallenden oder festgestellten Betriebskosten an die Wohnheimrechnung abgeführt. Darüber hinaus gehende Mietanteile werden in einem gemeinsamen Sonderkonto erfasst und für notwendige Aufwendungen in bedürftigen Wohnheimen verwendet. Über die Verwendung dieser Mittel legt der/die Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen jährlich gegenüber dem/r Präsidenten/in des Wohnheimparlaments Rechnung ab,

§ 9 Hausrecht, Hausordnung

- (1) Das Hausrecht in den Studierendenwohnheimen wird von dem/der Leiter/in der Abteilung Studentisches Wohnen ausgeübt. Er/Sie kann diese Befugnis an unterstellte Mitarbeiter/innen delegieren.
- (2) Außerhalb der normalen Dienstzeit wird das Hausrecht von dem jeweiligen Mitarbeiter des Bereitschaftsdienstes ausgeübt. Bei Gefahr im Verzuge wird das Hausrecht von der Heimvertretung ausgeübt. Von Maßnahmen des Hausrechts ist der Bereitschaftsdienst bzw. die Leitung der Abteilung Studentisches Wohnen unverzüglich zu informieren.
- (3) Bei Verstößen gegen die Hausordnung kann die Geschäftsführung im Benehmen mit der jeweiligen Heimvertretung die folgenden Maßnahmen ergreifen:
 - - schriftlicher Verweis,
 - - Androhung der fristlosen Kündigung,
 - - fristlose Kündigung.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Rahmensatzung tritt am 27.04.2020 in Kraft. Sie wird durch Daueraushang in den Wohnheimen bekannt gemacht.

Mainz, den 27.04.2020

gez. Univ.-Prof. Dr. Roland Euler

(Vorsitzender des Verwaltungsrates des Studierendenwerks Mainz)

Framework statutes for the student residences of the Studierendenwerk Mainz

- German version shall always apply -

§ 1 Right of residence

Entitled to rent are the following enrolled students

- of the Johannes Gutenberg University Mainz,
- of the University of Applied Sciences Mainz,
- of the TH Bingen,

who have not yet reached the age of 35 at the start of the lease.

In addition, participants of summer course programmes and comparable programmes of the universities are entitled to residency within the framework of a quota bindingly determined in advance between the management of the Studierendenwerk and the universities. The duration of residence depends on the agreement made and may not exceed 2 months.

(2) Deviations from the maximum age limit under subsection 1 may be made on application in justified exceptional cases (hardship). The decision on this is made by the Student Housing Department. If an exception is granted, the maximum duration of residence is 2 semesters; § 3 of these statutes does not apply to such students.

(3) If there are more places available in the student residences than the number of applicants according to paragraph 1 and recognised cases of hardship according to paragraph 2, the Studierendenwerk Mainz is entitled, in order to avoid vacancies, to conclude rental contracts for a limited period of one semester with persons who are not entitled to reside according to paragraph 1 or paragraph 2. When allocating housing in accordance with sentence 1, priority is given to students initially enrolled in a university course of study recognised in Germany and subsequently to other members of the universities named in subsection 1. Rental to non-students may only be made to a minor extent and must in any case remain below 10% of the respective capacity of the student residences. Rental agreements in accordance with sentence 1 may be extended a maximum of three times for one semester at a time, as long as the conditions stated there continue to be met.

(4) If a non-student of the universities named in subsection 1 is permitted to rent, they must pay the applicable social contribution in addition to the regular rent per semester. If the rent is not paid for an entire semester, it will be calculated on a pro rata basis.

§ 2 Principles of admission

(1) Priority is given to students who are disabled or who are particularly worthy of support due to their economic, social or personal situation, as well as to first-year students.

(2) The sizes of the individual nationality groups is balanced.

(3) Details of the enrolment procedure are regulated by an administrative regulation which the management issues with the approval of the board of directors.

§ 3 Duration of residence

(1) The duration of residence in the student dormitories should not exceed ten semesters, even if there is a change between dormitories. Rental periods in publicly funded student residences of other institutions is credited against the duration of residence.

(2) The duration of residence may be extended for students who

- a. are handicapped or particularly eligible for support due to their economic, social or personal situation by a maximum of four semesters
- b. become pregnant in their last semester of residence by up to two semesters from the birth of the child.
- c. were active in the dormitory representative body or a working group according to § 7, section 5 and who have been confirmed by the dormitory general meeting or who were active in the dormitory team and whose commitment has been confirmed by the responsible administrator by the number of their dormitory representative semesters, but not more than four semesters.
- d. were active as student representatives on the administrative board or as members of the committees of the constitutional student bodies mentioned in the LHschG by the number of their active members of such committees, but for no more than four semesters.
- e. are about to complete their studies by the examination period stipulated in the respective examination and study regulations for the subject.

(3) The limitation of the duration of residence may be waived for students who are severely handicapped.

(4) The extension or release from the time limit shall be decided upon by the extension committee in accordance with § 4 upon application. In the case of paragraph 2 c), the responsible employee in the Student Housing Department shall decide.

§ 4 Extension Committee

(1) Members of the Extension Committee are

1. one student director,
2. the chairman of the dormitory parliament,
3. 5 representatives of the dormitory, who are appointed by the dormitory parliament.

The head of the Student Housing Department manages the business of the Extension Committee and attends the meetings in an advisory capacity.

(2) The Extension Committee decides on the applications for extension of the duration of residence according to § 3 with the majority of its members. If an application is rejected, the applicant will be notified in writing, stating the reasons for the rejection and giving information on the right of appeal.

(3) The head of the Student Housing Department will decide on appeals, taking into account the decisions of the Extension Committee. In case of an objection against a decision according to § 3 (4) sentence 2, the Extension Committee.

§ 5 Administration of the student residences

(1) The administration and economic management of the student residences is the responsibility of the Studierendenwerk Mainz. Within the framework of the structural possibilities, it provides, maintains and renovates free of charge the rooms and facilities required for community activities and for the purposes of student self-administration.

(2) The student self-administration promotes the peaceful coexistence of all residents on the basis of non-discriminatory work. Non-discriminatory work excludes in particular content of a sexist, racist, xenophobic, fascist, nationalist, anti-Semitic, homophobic and transphobic nature.

(3) The internal order of the halls of residence is regulated by the competent bodies of student self-administration on their own responsibility.

(4) The organs of student self-administration are:

1. the dormitory parliament,
2. the dormitory general meeting,
3. the home representatives.

§ 6 Dormitory Parliament

(1) The dormitory parliament represents the interests of all dormitory residents in relation to the management and the administrative board of the Studierendenwerk Mainz. It is a communication forum for the representatives of the individual dormitories.

(2) The dormitory parliament adopts rules of procedure.

(3) The dormitory parliament elects a dormitory parliament president and a deputy.

(4) At least once a semester, at the beginning of each semester, the managing director of the Studierendenwerk Mainz, together with the head of the Student Housing Department, will meet with the president of the dormitory parliament and inform them about the general development of the entire student housing area and the main results of the meeting are recorded. The protocol will be exchanged between the managing director and the president of the dormitory parliament and are signed by both parties.

§ 7 Dormitory General Assembly and Dormitory Representation

(1) The dormitory general meeting is composed of the residents of the respective residence.

(2) The general meeting of the dormitory elects a representative for the residence from among its members for a period of one year and decides each semester on the discharge of the board. The dormitory council represents the interests of the residents of the respective dormitory.

(3) The maximum number of members of the dormitory representatives in each residence is defined as follows:

Bingen	86 residents	7 members
Münchfeld	100 residents	7 members
Oberstadt	294 residents	9 members
Binger Schlag	396 residents	13 members
Wallstraße	437 residents	13 members
Weisenau	501 residents	14 members
K3	513 residents	14 members
Inter II	543 residents	14 members
Hechtsheim	674 residents	16 members

Kisselberg

795 residents

18 members

(4) On the basis of the framework constitution for the student residences of the Studierendenwerk Mainz, each dormitory adopts its own constitution with rules of procedure, in which the competences of the dormitory general assembly, the dormitory representatives and the working groups (paragraph 5) are defined in detail.

(5) The dormitories may constitute working groups to deal with special tasks (Internet, dormitory bar, etc.) in coordination with the head of the Student Housing Department. The number of members of the working groups is determined in coordination with the head of the department of student housing according to the modalities of the respective dormitory. The appointment of the working group members takes place at the beginning of a semester and is valid for the entire semester.

(6) The members of the dormitory representatives and the working groups are to be named in writing to the head of the Student Housing Department.

(7) At least once a semester, at the beginning of each semester, the head of the Student Housing Department will meet with the dormitory representatives of each dormitory and inform them about the general development of the respective dormitory. § 6 paragraph 4 applies accordingly. In addition, every further meeting between the head of the Student Housing Department and a representative of the dormitory will be recorded if requested by either party.

(8) The management of the Studierendenwerk Mainz provides the economic plan and the annual financial statement of the respective dormitory upon request of the dormitory council and discusses these documents with the respective dormitory council if necessary. If this does not result in a satisfactory clarification, the dormitory council has the right to appeal to the administrative board on behalf of the tenants they represent. The management will inform the dormitory representatives annually in July of each year about the possibility according to sentence 1 by e-mail to the addresses reported to the Studierendenwerk Mainz.

(9) If possible, the representative body of the dormitories will be informed by the head of the Student Housing Department about measures that affect a dormitory as a whole or a large part of its residents (e.g. construction projects, renovations, other use or sale of dormitory space) in due time before the decision of the management or the decision of the administrative board, and the head of the dormitory can make a statement.

§ 8 Commercial Letting

(1) Premises and areas in the individual dormitories that are not suitable for residential or communal purposes may be put to commercial use. The decision on this issue is made by the managing director or the head of the Student Housing Department after hearing the respective dormitory representatives.

(2) If the dormitory representatives object to a decision of the management, the matter will be submitted to the board of directors for decision.

(3) From the rental income from the rental of areas for the installation of directional radio antennas or the like, the operating costs that are proportionately allocated or determined for the rented area are transferred to the dormitory account in advance. Any rental shares exceeding this amount are recorded in a joint special account and used for necessary expenses in needy dormitories. The head of the Student Housing Department submits an annual account to the president of the dormitory parliament regarding the use of these funds.

§ 9 House rules, house regulations

(1) The head of the Student Housing Department exercises the householder's rights in the student residences. They may delegate this authority to subordinate employees.

(2) Outside of normal working hours, the house rules are exercised by the respective member of the on-call service. In the event of imminent danger, house rules are exercised by the representative of the dormitory. The on-call service or the management of the Student Housing Department must be informed immediately of any measures taken by the Housing Office.

(3) In case of violations of the house rules, the management can take the following measures in consultation with the respective representative of the dormitory:

- written warning,
- threat of immediate dismissal,
- termination without notice.

§ 10 Effective date

This framework statute comes into force on 27.04.2020. It will be made known through permanent posters in the dormitories. Mainz, the 27.04.2020

signed. University professor Dr. Roland Euler (Chairman of the administrative board of the Studierendenwerk Mainz)